

Eder, Julia; Porak, Laura

Working Paper

Die EU zwischen strategischer Autonomie und Unterordnung unter die USA

ICAE Working Paper Series, No. 165

Provided in Cooperation with:

Johannes Kepler University Linz, Institute for Comprehensive Analysis of the Economy (ICAE)

Suggested Citation: Eder, Julia; Porak, Laura (2025) : Die EU zwischen strategischer Autonomie und Unterordnung unter die USA, ICAE Working Paper Series, No. 165, Johannes Kepler University Linz, Institute for Comprehensive Analysis of the Economy (ICAE), Linz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/330242>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die EU zwischen strategischer Autonomie und Unterordnung unter die USA

Julia Eder und Laura Porak

September 2025

Die EU zwischen strategischer Autonomie und Unterordnung unter die USA

Julia Eder¹, Laura Porak²

Dieser Beitrag wird layoutiert und lektoriert im Buch „Multiple Krise und neue Konstellationen des Kapitalismus. Elemente einer Bestandsaufnahme“, herausgegeben von Bernd Belina, Alex Demirović, Sebastian Klauke, Thomas Sablowski und Aisha Salih, beim Verlag Westfälisches Dampfboot erscheinen.

Abstract

Vor dem Hintergrund einer sich verändernden globalen Wettbewerbssituation dominieren Fragen von Sicherheit und Autonomie neben Wettbewerbsfähigkeit die politischen Debatten und Handlungsstrategien und haben scheinbar die grüne Agenda der EU in den Hintergrund gedrängt. Doch weder Wettbewerbsfähigkeit noch strategische Autonomie zur Verringerung globaler Abhängigkeiten sind wirklich neue Konzepte. In unserem Beitrag argumentieren wir, dass Wettbewerbsfähigkeit während der letzten Dekaden immer eine Konstante strategische Zielsetzung der EU war und auch digitale und grüne Politiken dazu beitragen sollten. Strategische Autonomie war traditionell zwischen Freihandelsbefürworter:innen und stärker interventionistisch ausgerichteten Kapitalgruppen umkämpft. Seit der globalen Verschärfung der geopolitischen Konflikte und der geoökonomischen Wende der aktuellen Europäischen Kommission ist die Frage von Wettbewerbsfähigkeit eng mit der Reduktion von strategischen Abhängigkeiten verknüpft. Doch trotz der interventionistischeren bzw. protektionistischeren Ausrichtung der neuen politischen Strategie ist diese weit davon entfernt progressiv zu sein. In unserem Beitrag zeigen wir auf, wie der sich verändernde globale Kontext die Prioritätensetzung in der EU verschoben hat und weiterhin verschiebt und stellen am Ende progressive Handlungsoptionen zur Diskussion.

Einleitung

Ein wesentlicher Aspekt der multiplen Krise in der Europäischen Union besteht darin, dass jene Mitgliedstaaten, die im 20. Jahrhundert zu den Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft zählten und in zentralen Industriezweigen Technologieführer waren durch die räumliche

¹ Julia Eder, Referentin der Abteilung EU & Internationales der Arbeiterkammer Wien und wissenschaftliche Projektmitarbeiterin (Post Doc) am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) der Johannes Kepler Universität Linz, julia_theresa.eder@jku.at

² Laura Porak, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Johannes Kepler Universität Linz und Doktorandin der Politikwissenschaften, laura.porak@jku.at

Neuverteilung der Produktion im Zuge der neoliberalen Globalisierung zunehmend unter Druck geraten. Durch den Aufstieg Ostasiens und insbesondere Chinas von der „Werkbank der Welt“ zu einer ernsthaften Konkurrenz ist die Stellung der EU-Staaten in der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung bedroht, und dies führt nicht nur zu wachsenden Konflikten in der EU selbst, sondern auch zu zunehmenden geopolitischen Spannungen mit Drittstaaten, z.B. China. Hinzu kommt, dass die EU seit der globalen Finanzkrise (2007-2008) kaum aus dem Krisenbewältigungsmodus herauskommt, während sich auch die internen Ungleichgewichte zwischen Süd- und Ost- bzw. Nord- und Zentraleuropa dynamisch weiterentwickeln. Die Politik der EU-Staaten zielt darauf, mit allen Mitteln ihre Position in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung zu bewahren bzw. zu verbessern; die ständige Betonung der Rolle von Wettbewerbsfähigkeit im Diskurs der Politiker und Massenmedien hängt damit zusammen. Das Ziel der EU, die ökologische und digitale Wende voranzutreiben, kann auch in diesem Kontext gedeutet werden: als Strategie zur Entfesselung eines neuen Wachstums- und Innovationspotenzials, um an der Spitze zu bleiben. Allerdings war immer umkämpft, worauf sich Wettbewerbsfähigkeit gründet (bzw. gründen sollte), welche Lösungsansätze die multiplen Krisen erfordert, wie eine grüne und digitale Wende genau aussehen sollte, und inwieweit die EU von den Weltmächten USA und China unabhängig sein sollte. Unser Beitrag fokussiert deshalb insbesondere Fragen der industriellen Entwicklung und Technologieführerschaft sowie die Bestrebungen, die strategische Autonomie der EU zu stärken.

Europäischer Globalisierungsoptimismus und die bittere Realität des globalen Wettbewerbs (1970-2008)

Die auf Massenproduktion und Massenkonsum beruhende fordistische Entwicklungsweise der Nachkriegszeit geriet in den westlichen Ländern in den 1970er Jahren in die Krise. Ein Ansatz, der Überakkumulationskrise mit fallenden Profitraten zu begegnen, bestand darin, im Zuge der neoliberalen Globalisierung Produktionsstätten von den Kernländern in die globale Peripherie und Semiperipherie zu verlagern. Damit war das Vorhandensein eines relevanten Ausmaßes an industrieller Produktion nicht mehr das Alleinstellungsmerkmal der Kernländer. Ausgelagert wurden dabei vor allem niedrigere Wertschöpfungsstufen der Produktion, während wirtschaftliche Aktivitäten mit hoher Wertschöpfung bzw. die für die Kontrolle der gesamten Warenketten zentralen Bereiche wie Forschung und Entwicklung, Vertrieb und Marketing nahe bei den Firmenzentralen blieben (Weissenbacher 2019). Liberalisierung,

Privatisierungen und Deregulierung sowie technologische Revolutionen im Bereich des Transports und der Informations- und Kommunikationstechnologien legten dafür die Basis. Die Zuweisung der Produktion erfolgte an „günstige“ Standorte – bezogen auf Lohnkosten, aber auch Umweltauflagen. Auch die Nähe zu Absatzmärkten sowie ausreichendes Vorhandensein qualifizierter, disziplinierter und möglichst nicht oder schwach gewerkschaftlich organisierter Arbeitskräfte waren entscheidend.

Als Anfang der 1990er Jahre noch der Ostblock zerfiel, schien das Ende der Geschichte erreicht: Der Kapitalismus neoliberaler Ausgestaltung wurde global durchgesetzt, und mit ihm wurde die US-amerikanische Hegemonie in einer nunmehr unipolaren Weltordnung erneuert. Die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) flankierte handelspolitisch die neoliberale Umgestaltung. Da der Einsatz protektionistischer Maßnahmen dadurch stark eingeschränkt wurde, wurde Wettbewerbsfähigkeit zum Imperativ für Staaten, um in der liberalisierten Wirtschaft Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern – sie mussten sich zu „nationalen Wettbewerbsstaaten“ wandeln (Hirsch 1995). Der große zugängliche Wirtschaftsraum wurde bereits in der *Einheitlichen Europäischen Akte* (1986) als Wettbewerbsvorteil für europäische Unternehmen bezeichnet.

In dieselbe Richtung ging die *Lissabon-Strategie*, die der Europäische Rat im Jahr 2000 mit dem Ziel verabschiedete, die EU zur „wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt“ zu machen. Als Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit wurden dort insbesondere der Einsatz von Innovationspolitik – die politische Förderung von Forschung, Entwicklung und Vermarktlichung – und Infrastrukturpolitik (Transport, Energie, Telekommunikation, Internet), der europäische Binnenmarkt, die interne Liberalisierung sowie die Einführung des Euro als gemeinsames Zahlungsmittel gesehen. Obwohl Industriepolitik in dieser Periode offiziell höchst verpönt war, können jene Innovationspolitiken als Form der horizontalen Industriepolitik verstanden werden, die nicht zielgerichtet bestimmte Technologien förderte. Während die EU bei der Entwicklung der Produktivität hinter die USA dennoch immer weiter zurückfiel, verschärfte sich der globale Wettbewerb mit dem Aufstieg des Globalen Südens, aus dem sich einige Länder in der BRICS³-Allianz formierten, und dem Eintritt Chinas in die WTO in den frühen 2000er Jahren. Dementsprechend war die Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie auch vernichtend – die EU verlor im Vergleich zu den zentralen Konkurrenten eher an Wettbewerbsfähigkeit, als dass sie dazugewann. Als Grund dafür wurde später der gezielte

³ Die BRICS-Allianz wurde offiziell 2009 gegründet, damals noch als BRIC. Ihre Buchstaben stehen für die Mitgliedsstaaten Brasilien, Russland, Indien, China und ab 2010 auch Südafrika. Anfang 2024 kamen weitere Länder hinzu.

Einsatz von vertikaler Industriepolitik in den aufsteigenden (Semi-)Peripherien ausgemacht. Folglich konnten die kapitalistischen Kernstaaten dem Globalen Süden im Rahmen der WTO nicht mehr ihre Regeln aufzwingen, die Doha-Runde scheiterte nach mehreren Anläufen 2008. In dieser Gemengelage bekam die liberale Weltordnung erste Risse.

Von der Finanzkrise zur Eurokrise (2008-2014)

Im Jahr 2007 begann von den USA ausgehend eine globale Finanzkrise, die insbesondere stark finanzialisierte Länder – v.a. im angelsächsischen Raum und in Südeuropa – schwer traf, die ihre Investitionen vorrangig nicht in der produktiven, sondern in der Finanzsphäre tätigten und deren Konsum und damit Wachstum stark auf Krediten basierte.

In dieser Phase geriet die davor bestehende globale Arbeitsteilung zwischen Europa als global führender Industrieregion (auch bei grünen Technologien), den USA als Führer bei digitalen Technologien und Plattformen sowie der Semiperipherie im Globalen Süden, inklusive China, als „Werkbank der Welt“, ins Wanken. In Europa verstärkten sich – nicht zuletzt aufgrund der von der Troika durchgesetzten Austeritätsmaßnahmen – schon vorher bestehende Polarisierungstendenzen. Während die osteuropäische Peripherie zunehmend Südeuropa als Zulieferer von Teilen und Komponenten sowie Bereitsteller von qualifizierten und relativ günstigen Arbeitskräften in den ‚zentraleuropäischen Industriekern‘ ablöste, gerieten die südeuropäischen Länder in immer stärkere Konkurrenz mit China (Landesmann/Stöllinger 2018). Während Deutschland China als neuen großen Absatzmarkt für seine hochwertigen Industriegüter erschloss, verdrängten chinesische Importe zusehends südeuropäische in Deutschland (Simonazzi 2023, 90-91). So schaffte es der zentraleuropäische Industriekern aus der Krise zu kommen, geriet aber in eine strukturelle Abhängigkeit mit China.

Die EU drohte infolge der Krise ihre führende Position als Exporteur hochqualitativer Industriegüter zu verlieren und begann deshalb – vorerst noch horizontale, technologieoffene – Industriepolitik zu rehabilitieren, die vor allem Standortpolitik war. Als Bestandteil der „Europa 2020“-Agenda wurde „A digital agenda for Europe“ vorgestellt, die die Voraussetzungen für einen digitalen europäischen Binnenmarkt schaffen sollte. Ein weiterer Bestandteil der Agenda war das Dokument „An Integrated Industrial Policy for the Globalisation Era. Putting Competitiveness and Sustainability at Centre Stage“ (2010). Schon am Titel wird deutlich, dass die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit mit einem Fokus auf CO₂-arme Produktionstechnologien für energieintensive Industrien und grüne Technologie, wie z.B. Batterien für E-Autos, geschehen sollte. Betont wurde in diesem

Dokument außerdem, dass sogenanntes „carbon leakage“, also die Verlagerung von Produktionsstätten und Arbeitsplätzen in Weltregionen mit weniger strengen Umweltregulierungen, verhindert werden müsse. Die Krise sollte also durch den Auf- und Ausbau grüner Geschäftsfelder, durch ‚grünes Wachstum‘ überwunden werden. In dieser Phase kam es auch zu einer Repolitisierung der ökologischen Krise, jedoch waren die tragenden Akteur:innen nicht mehr wie in den 1970er- und 80er-Jahren soziale Bewegungen, sondern „staatliche Apparate, wissenschaftliche Einrichtungen und Unternehmen. Allerdings beweg[t]en sich diese Akteure auf einem Terrain, das durch die Kritik sozialer Bewegungen erst geschaffen worden ist“ (Brand/Wissen 2013, 132).

Der starke Rückgang des Welthandels 2008 und 2009 führte außerdem zu Debatten über eine Neuausrichtung der EU-Handelspolitik. Einerseits trieb die EU (wie die USA), nachdem die Doha-Runde in der WTO im Sommer 2008 gescheitert war, vermehrt bilaterale Freihandelsabkommen mit peripheren und semiperipheren Ländern voran, um in diesen Verträgen einzuschreiben, was sie auf WTO-Ebene nicht durchzusetzen vermocht hatte. Andererseits hinterfragte die Europäische Kommission zunehmend die sogenannte ‚unilaterale Liberalisierung‘, bei der die EU einseitig freien Zugang zu ihrem Markt gewährte. Der Einsatz WTO-konformer Handelsschutzinstrumente steigerte sich. Im Jahr 2012 führte die Europäische Kommission auf Zuruf der europäischen Solarindustrie erstmals vorläufige Anti-Dumping-Zölle ein, was 200 chinesische Hersteller in den Konkurs trieb (Shih 2024). Die EU-Zölle wurden aber schon im Juli 2013 wieder abgeschafft, da Deutschland, Großbritannien und die skandinavischen Mitgliedstaaten dagegen waren – Deutschland vor allem, weil es Angst vor Vergeltungszöllen hatte (Bollen u.a. 2016) und Zugang zum chinesischen Absatzmarkt dringend benötigte.

Globalisierungsskepsis und eine versuchte Neupositionierung (2014-19)

Im Jahr 2014 zeigte sich deutlich, dass die EU im globalen Wettbewerb zurückgefallen war. China überholte die EU als weltgrößten Exporteur, während die USA sich durch im Vergleich zur EU fast 50% höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung als Standort für digitale Technologien (Smarte Systeme, AI, etc.) absicherten. Vor diesem Hintergrund wurde in EU-Dokumenten vermehrt kritisch auf den Weltmarkt, den durch den globalen Süden wachsenden Wettbewerbsdruck und besonders auf die neuen, „unfairen“ Wettbewerbspraktiken von China Bezug genommen, die den Markt verzerrten und Überkapazitäten hervorbrächten. Dabei wurde freilich verkannt bzw. geleugnet, dass solche Prozesse typisch für den Kapitalismus sind.

Die Regierenden in der EU setzten nun in Bezug auf die Konkurrenzfähigkeit nicht mehr nur auf Effizienzsteigerungen und Innovationspolitik, sondern beachteten auch die Verfügbarkeit von Produktionsmitteln (Technologien, Energie, kritische Rohstoffe, etc.). 2013 wurde erstmals das Ziel der Erlangung einer „strategischen Autonomie“ in einer Schlussfolgerung des Europäischen Rats über die gemeinsame EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik formuliert. Der Rat forderte darin für die EU eine „europäische verteidigungstechnologische und -industrielle Basis“, um „ihre strategische Autonomie und Fähigkeit, mit Partnern zu handeln“ sicherzustellen.

Die Ratifizierung des Pariser Abkommens zum Klimaschutz (2015) steigerte die Relevanz von Nachhaltigkeit und Klimaneutralität in der EU-Politik weiter. Zugleich wurde – wie in der „Europa 2020“-Agenda (2010) angestrebt – weiter daran gearbeitet, Europa als „grünen Vorreiter“ im globalen Wettbewerb aufzubauen. Allerdings erwies sich dies damals bereits als schwierig. Anfang 2017 waren fünf der sechs größten Solarmodulhersteller und der weltgrößte Windturbinenhersteller chinesisch. Außerdem war China im selben Jahr bereits global führend bei den Investitionen in erneuerbare Energien und bei der Produktion von Wind- und Solarenergie (Chiu 2017). Chinesische Hersteller kontrollierten zunehmend ganze Warenketten vom Rohstoffabbau bis zur Endfertigung, übernahmen damit also im Weltsystem die Funktion von Unternehmen aus Kernländern und stellten dadurch auch die EU und die USA vor ein Abhängigkeitsproblem. China wurde vom geopolitischen Partner zum Konkurrenten (Simonazzi 2023, 93). Im Jahr 2014 schlug die Europäische Kommission als Reaktion auf die steigenden handelspolitischen „Verzerrungen“ am Weltmarkt eine neue Industriestrategie vor, die gewissermaßen mit der zuvor dominanten horizontalen Industriepolitik brach.

Zur Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit (besonders im hochtechnologischen Bereich) wurde die Möglichkeit eingeführt, dass Unternehmen aus mehreren EU-Staaten gemeinsam sogenannte „wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (engl. Abkürzung „IPCEI“) gründen, für die nicht die regulären, sehr strengen EU-Beihilfevorschriften gelten. Zugleich machten das schwache Wirtschaftswachstum in den Kernländern und die sich verändernden globalen Machtverhältnisse Lobbyorganisationen und Unternehmensvertreter:innen in der EU offener für Klimaschutz. Sie unterstützten die grüne Transition mit dem Ziel, Wachstum zu fördern und so die europäische Wirtschaft aus der andauernden Krise zu führen. Während sie versuchten, einen Großteil der Kosten und Risiken auf die öffentliche Hand (und damit die Steuerzahler:innen) abzuschieben, sollten grüne Gewinne allerdings weiterhin in privaten Händen landen. Die grüne Transformation wurde also als Akkumulationsstrategie mit marktbasierten Instrumenten wie dem europäischen

Emissionshandelssystem EU ETS vorangetrieben, nicht als gesellschaftliche Entwicklungsstrategie, die andere Ziele ins Zentrum hätte rücken können.

Die Verschiebungen im Weltsystem befeuerten Tendenzen zur ökonomischen und politischen Desintegration, die im Jahr 2016 offensichtlich wurden. Während die Brit:innen für den Brexit stimmten, wählten die US-Amerikaner:innen erstmals Donald Trump, der sich im Wahlkampf gegen Freihandel, das „Establishment“ und jene globalen Institutionen stellte, die die USA seit dem 2. Weltkrieg maßgeblich gestaltet hatten. Die Handelspolitik der neuen US-amerikanischen Regierung war schließlich von einem Protektionismus gekennzeichnet, der das Ziel „Make America Great Again“ verfolgte. Dies strapazierte das Verhältnis zwischen den USA und der EU: Die Verhandlungen über das Transatlantische Freihandels- und Investitionsschutzabkommen TTIP kamen zum Stillstand; ein neuer Handelskrieg zwischen den USA und China brach aus, der auch die EU zum Handeln zwang. Mit Hilfe von Industriepolitik und protektionistischen Maßnahmen sollte die eigene wirtschaftliche Stärke abgesichert bzw. in manchen Feldern auch (wieder) hergestellt werden. „Strategische Autonomie“ wurde nun breiter gedacht. Allerdings stellte diese teilweise Abkehr von einem Freihandelsbekenntnis das exportorientierte EU-Wachstumsmodell vor ganz besondere Herausforderungen (Simonazzi 2023, 93).

In der Industriepolitik gab es damals noch keine einheitliche Position zum bestmöglichen europäischen Vorgehen angesichts der neuen Herausforderungen. Dies zeigte sich etwa in der Debatte um „europäische Champions“ und die gescheiterte Fusion von Siemens und Alstom im Jahr 2019. Die beiden größten Zugbauer in der EU wollten sich zusammenschließen, um mit chinesischen Wettbewerbern – allen voran der China Railway Rolling Stock Corporation CRRC – am globalen Markt mithalten zu können. Doch wurde dieses Ansinnen von der EU-Generaldirektion für Wettbewerb untersagt, da ansonsten die Marktkonzentration in dieser Branche am EU-Binnenmarkt zu hoch geworden wäre. Während Frankreich traditionell die Idee unterstützte, große multinationale europäische Unternehmen – sogenannte „europäische Champions“ wie Airbus – zu fördern, um am Weltmarkt stärker zu sein, war das ordoliberal geprägte Deutschland dagegen.

Nach der gescheiterten Fusion setzte allerdings in Deutschland ein industriepolitisches Umdenken ein, das im „französisch-deutschen Manifest für eine europäische Industriepolitik für das 21. Jahrhundert“ mündete. Darin wurde für eine Wende in der Industriepolitik plädiert, da Monopole oder „europäische Champions“ am EU-Binnenmarkt unter gewissen Voraussetzungen notwendig für internationale Wettbewerbsfähigkeit wären, nämlich wenn andere Staaten „wettbewerbsverzerrende“ Subventionen einsetzten. Das Manifest leitete eine

neue Phase europäischer Industriepolitik ein, die strategischer und stärker vertikal agiert, wie sich auch in der neuen grünen Industriepolitik zeigt.

Mit dem „Grünen Deal“ wettbewerbsfähig und autonom werden? (2019-21)

Da sich die EU mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens (2015) zum Ziel der Klimaneutralität bis 2050 bekannte, aber auch die europäische Klimabewegung stärker wurde, erklärte die neue Kommission um Ursula von der Leyen die grüne Wende zur obersten politischen Priorität und untermauerte dies durch das europäische Klimagesetz (2021). Der europäische „Grüne Deal“ (2019) als grüner Wachstumsplan sollte in unterschiedlichen Politikbereichen die Klimaneutralität der EU vorantreiben und gleichzeitig ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Zugleich wurde vermehrt auf strategische Abhängigkeiten bzw. Autonomie sowie (technologische) Souveränität geachtet, wobei beides nicht im Widerspruch zur Wettbewerbsfähigkeit, sondern als Grundlage gesehen wurde, um die globale Machtposition der EU zu stärken. Dementsprechend sollten dieselben politischen Maßnahmen beide Ziele unterstützen, z.B. sollte die Produktion erneuerbarer Energie die Abhängigkeit von Energieimporten verringern und durch die Kostenersparnis gegenüber fossilen Energieträgern die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Zudem sollte dies durch die Förderung grüner Technologien geschehen – z.B. CO₂-armen Wasserstoff, alternative Kraftstoffe oder Energiespeicherung – und „die Entwicklung von Leitmärkten für klimaneutrale und kreislauffähige Produkte in der EU und darüber hinaus“ (EGD 2019, 8) die technologische Abhängigkeit verringern.

In dieser Phase schien die grüne Transformation in der EU eine hegemoniale Idee zu sein, doch verschiedene soziale Kräfte rangen um die konkrete Ausgestaltung. Während große Teile des europäischen Kapitals grünes, durch marktbasierte Instrumente oder staatliche Anreize und Förderungen angestoßenes Wachstum bevorzugten, mahnten arbeitnehmer:innennahe Parteien und Organisationen, dass die Beschäftigten im Zentrum des Umbaus stehen sollten. In diesem Zusammenhang wurden Konzepte wie der „Green New Deal“ (Decker 2020) oder „Just Transition“ (Kreinin 2020) entwickelt. In den sozialen Bewegungen und in den kritischen Sozialwissenschaften wurde hingegen eine tiefgreifende sozial-ökologische Transformation gefordert, basierend auf kapitalismuskritischen Degrowth- oder Postwachstumsansätzen (Brand 2014, Savini 2023). Es gab also unterschiedliche Visionen, wie der grüne Umbau aussehen sollte.

Von der Leyens Kommission bezeichnete sich aber auch als „geopolitische Kommission“, was sich besonders an der Schnittstelle von Industrie- und Handelspolitik zeigte. Mit einem strategischen, selektiv protektionistischen Ansatz – der selbstverständlich öffentlich nicht so bezeichnet wurde – sollten die europäische Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität abgesichert werden, insbesondere gegenüber „unfairem“ Wettbewerb, den z.B. marktverzerrende Subventionen aus Sicht der Kommission auslösten. Der strategische Aspekt spiegelte sich etwa darin wider, dass der Zugang zu (wachsenden) Märkten und Rohstoffen sowie die Übernahme grüner und digitaler EU-Standards durch bilaterale Handelsabkommen abgesichert wurden. Ferner zeigte sich ein Umdenken bei der Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts zugunsten „europäischer Champions“. In diesem Sinne wurde 2021 Alstom die Fusion mit Bombardier, einem anderen großen Zugbauer, erlaubt. Der protektionistische Aspekt zeigte sich an Policies wie dem Rahmen für das Screening ausländischer Direktinvestitionen (FDI Screening) und dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM). Das FDI Screening zielt darauf ab, ausländische Investitionen, die die öffentliche Ordnung oder Sicherheit in der EU bedrohen könnten sowie „feindliche“ Übernahmen von EU-Firmen zum Ziel haben, zu verhindern. CBAM hingegen soll das Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen in Drittstaaten zur Umgehung der CO₂-Bepreisung in der EU – sogenanntem „carbon leakage“ – begegnen, indem ein CO₂-Zoll auf Importprodukte eingehoben wird, wenn es in den Herkunftsländern keine CO₂-Bepreisung gibt (De Ville u.a. 2023, 25-28). Etwas mehr als ein Jahr nachdem der Grüne Deal verabschiedet wurde, brach die Covid-19-Pandemie aus. In dieser Phase wurde die Vulnerabilität von Lieferketten und Preisen auf liberalisierten Märkten deutlich. Dabei litt die EU besonders unter Lieferausfällen aus China bei Produkten von strategischer Relevanz. Die Folge waren massive Teuerungen für europäische Unternehmen durch steigende Energie- und Materialkosten. In diesen Kontext gewann die Debatte um strategische Autonomie in der EU wieder an Bedeutung und konzentrierte sich auf strategisch relevante Güter (zum Beispiel Pharmaprodukte oder Halbleiter). Auch die liberal geprägten Mitgliedstaaten verloren angesichts der aktuellen Herausforderungen ihre Skepsis gegenüber dem Konzept, sofern die Reduktion von Abhängigkeiten mit einer offenen Wirtschaft kombiniert würden. Als Kompromiss wurde das Adjektiv „offen“ vor die „strategische Autonomie“ in der neuen europäischen Handelsstrategie (2021) gestellt. Die Märkte sollten laut dem Europäischen Parlament (2022) so offen wie möglich bleiben, aber so viel Unabhängigkeit wie nötig sichern (Schmitz/Seidl 2023).

Russischer Angriff auf die Ukraine und Energiepreiskrise (2022-2024)

Der Krieg in der Ukraine hat – neben vielen anderen negativen Auswirkungen – die Energieversorgung und somit die industrielle Entwicklung Europas geschwächt. Im Mai 2022 – wenige Monate nach dem russischen Einmarsch – präsentierte die Europäische Kommission den REPowerEU Plan, der die EU bereits vor 2030 von russischen fossilen Brennstoffen unabhängig machen sollte. In den vergangenen Jahrzehnten war russisches Erdgas für viele EU-Länder zur Grundlage einer günstigen Energieversorgung für Haushalte und Industrie geworden. Für letztere war es auch ein wichtiger Faktor für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Als Folge der Entwicklungen rund um den Ukraine-Krieg und aufgrund des von der EU für die Strompreisbildung eingesetzten Merit-Order-Systems schossen die Energiepreise in die Höhe. Da die Energiepreise je nach Energieträger in Europa doppelt bis dreifach so hoch sind wie in den meisten anderen industrialisierten Ökonomien, z.B. in den USA und China, litt auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie (Heussaff 2024).

Im Sommer 2022 sorgten die USA mit dem sogenannten „Inflation Reduction Act“ für eine Überraschung. Mit diesem industriepolitischen Förderprogramm für grüne Technologien stiegen die USA offen in das globale Ringen um Technologieführerschaft ein – nicht nur mit China, sondern auch mit der EU. Die EU-Exekutive war sichtlich überrascht von diesem US-amerikanischen Schritt und entschloss sich eilig, einen grünen Industrieplan ergänzend zum Grünen Deal als Antwort zu liefern. Dieser sollte den regulatorischen Rahmen für grüne Investitionen vereinfachen und den Zugang zu finanziellen Mitteln erleichtern. Der Plan beinhaltete den *Net Zero Industry Act* und den *Critical Raw Materials Act*, der die sichere Versorgung mit Rohstoffen garantieren sollte, sowie eine Strommarktreform, die zwar Preisspitzen abfedern sollte, aber nicht vom Merit-Order-System abging.

Im Bereich der Digitalisierung gelang der EU ein wichtiger Schritt, um digitale Anbieter, v.a. aus den USA, besser zu regulieren. Im Jahr 2022 wurden sowohl der *Digital Services Act* (DSA) als auch der *Digital Markets Act* (DMA) verabschiedet. Allerdings betonte die zuständige Kommissarin Vestager, dass die Durchsetzung von Gesetzen ungleich schwieriger wäre, als diese zu verabschieden. Letztendlich geht es aber nicht nur um die Regulierung digitaler Dienste. Es besteht eine große digitale Abhängigkeit von ausländischen Anbietern, die sich über Industrie 4.0 auch auf die europäische industrielle Produktion auswirkt. Die immer stärkere Kooperation mit den USA, aber auch die zunehmende Unterordnung der EU könnten so zum Teil erklärt werden.

In dieser Phase wurde außerdem das Verhältnis mit dem Globalen Süden, insbesondere mit China, immer gespannter. Dies drückte sich zum Beispiel darin aus, dass durch das verschärfte FDI Screening im Jahr 2023 50 Milliarden Euro FDI weniger in die EU strömten als im Jahr davor. Ende 2023 waren schon 182 Handelsschutzmaßnahmen in Kraft, was einen Anstieg von fast 40% gegenüber 2018 bedeutete. In einer Presseaussendung vom 24.09.2024 resümierte die Europäische Kommission: „Strategische Wirtschaftszweige wie die Windenergie-, Solarglas- und Glasfaserbranche, die für den grünen und den digitalen Wandel in der EU von entscheidender Bedeutung sind, haben davon profitiert.“ Während die EU argumentiert, dass diese Maßnahmen dem Schutz von Arbeitsplätzen dienen und den Absatz chinesischer Überproduktion zu Dumpingpreisen auf dem EU-Markt verhindern, also „faire und gleiche“ Wettbewerbsbedingungen schaffen, sprechen Länder des Globalen Südens, allen voran China (DW News 2023), von protektionistischem Vorgehen. Sie sehen den vermehrten Rückgriff auf Handelsschutzmaßnahmen als Versuch, den drohenden Abstieg der EU im Weltsystem noch abzuwenden. Dies betrifft auch Maßnahmen wie den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM (MEPS International 2023) und die Entwaldungsverordnung (Weber 2023). Der Einsatz von Handelsschutzmaßnahmen ist aber auch in der EU nicht unumstritten. Wirtschaftspolitisch eher liberal ausgerichtete Länder, z.B. in Skandinavien, exportorientierte Kapitalfraktionen und einzelne Interessengruppen, z.B. die deutsche Autoindustrie, sind tendenziell keine Unterstützer, da sie eine (weitere) Einschränkung des Marktzugangs in China fürchten.

Die geoökonomische Wende der neuen EU-Kommission (2024)

Anfang Juni 2024 fanden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Schon im Vorfeld zeigte sich, dass die grüne Agenda der EU zunehmend unter Druck geriet, während die Themenblöcke Wettbewerbsfähigkeit, „Verteidigung der Demokratie“ sowie Sicherheit und Verteidigung an Bedeutung gewannen. Deshalb überraschte es nicht, als Ursula von der Leyen kurz nach der Wahl im Juli 2024 verkündete, das Verbrenner-Aus im Jahr 2035 noch einmal prüfen zu wollen. Ein weiteres Indiz für eine Verschiebung der Prioritäten wie auch der realen Kräfteverhältnisse gab es in den USA, wo sich mehrere große US-amerikanische Vermögensverwalter aus der Net-Zero-Agenda zurückzogen oder ihr Engagement stark reduzierten (Temple-West/Masters 2024).

In Vorbereitung der EU-Gesetzgebungsperiode 2024–2029 beauftragte die Europäische Kommission die Erstellung unterschiedlicher Berichte, die politische Handlungsempfehlungen

enthalten. Der Letta-Bericht sprach sich für eine Vertiefung der Integration durch Bürokratieabbau und durch die Vollendung der Kapitalmarktunion aus. Draghis Bericht betonte die Notwendigkeit, die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, wobei eine High Road-Strategie verfolgt werden sollte, also Innovationen und Wissensaufbau gestärkt, und nicht das Drücken der Lohnstückkosten im Zentrum stehen sollten. Außerdem gelte es, die jährliche Investitionslücke von 800 Milliarden Euro zu schließen, z.B. durch die Schaffung eines EU-Wettbewerbsfonds und durch die Verwendung aus InvestEU-Mitteln der Europäischen Investitionsbank.⁴ Der Niinistö-Bericht hingegen legt den Fokus auf wirtschaftliche Sicherheit und eine Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie. Dies ist ein Hinweis darauf, dass zumindest Teile der „EU-Elite“ nicht mit einer friedlichen Lösung der zunehmenden geopolitischen Spannungen rechnen.

Generell ist eine noch stärkere Verschränkung von Industrie- und Handelspolitik für die neue Regierungsperiode geplant. Es wird überlegt, die Regeln für die öffentliche Beschaffung so zu ändern, dass Anbieter aus der EU bevorzugt werden können. Außerdem soll ein „Clean Industrial Deal“ im Jahr 2025 veröffentlicht werden, bei dem der Abbau von bürokratischen Hürden und die Reduktion von Berichtspflichten eine Rolle spielen sollen. Auffällig ist, dass von „clean“, nicht mehr von „net-zero“, also Netto-Null-Emissionen, die Rede ist. Stéphane Séjourné, der neue EU-Kommissar für den Binnenmarkt, betonte bei seiner Anhörung, dass sich die EU zeitgleich dekarbonisieren und reindustrialisieren müsse und dass dafür ein Fokus auf strategische Sektoren und niedrigere Energiepreise zentral wäre.

Diese geplanten Maßnahmen lassen sich auch durch die mittlerweile sehr große chinesische Marktdominanz in vielen zentralen Branchen (u.a. Aluminium, Windturbinen, Power-Batterien und Solarpaneele) erklären. Zudem setzte die Europäische Kommission 2024 bereits in mehreren Fällen Handelsschutzinstrumente gegen China ein. So verhängte sie im Juli 2024 vorläufige Anti-Dumping-Zölle gegen chinesische E-Autos, die im Herbst knapp bestätigt wurden, die China mit Vergeltungsmaßnahmen gegen französische Cognac-Hersteller beantwortete, da Frankreich als einer der Treiber hinter den Strafzöllen gilt. Außerdem startete die Europäische Kommission – gestützt auf die EU-Verordnung zu ausländischen Subventionen (FSR) – Untersuchungen gegen Solarpaneel- und Windkraftproduzenten sowie ein großes Eisenbahnunternehmen aus China, die jeweils bei öffentlichen Ausschreibungen im

⁴ Dies ist auch deshalb nötig, da mehrere Mitgliedsstaaten – allen vor Deutschland – nach der Corona-Zeit eine gemeinsame Schuldenaufnahme der EU wieder blockieren und auch die überarbeiteten EU-Fiskalregeln die Verschuldungsmöglichkeiten einzelner Staaten weiterhin stark beschränken, da u.a. die willkürlich festgelegte Neuverschuldungsgrenze bestehen bleibt.

EU-Markt mitboten. Wenn aus diesen hervorgeht, dass die chinesischen Anbieter nur aufgrund von in China erhaltenen Subventionen so billig anbieten können und somit den Wettbewerb verzerren, dürfen sie entweder nicht den öffentlichen Auftrag übernehmen oder das Unternehmen wird abgestraft (De Ville u.a. 2023, 25-26).

Mitte November 2024 gewann Donald Trump zum zweiten Mal die Präsidentschaftswahlen in den USA. Trump kündigte Zölle gegen China, Mexiko und Kanada an, aber es gibt durchaus Befürchtungen, dass die US-Administration auch gegen die EU protektionistische Maßnahmen einsetzen könnte. Auch eine Handelsumlenkung könnte zum Problem werden, z.B. wenn chinesische Produkte auf dem EU-Markt verkauft werden, weil sie dort nicht dieselben Zölle wie in den USA erwarten. Zudem gibt es die Vermutung, dass sich die EU bei der Durchsetzung des DSA und des DMA, also bei der Regulierung von Big Tech, zurückhalten könnte, um nicht den Unmut der neuen Regierung auf sich zu ziehen.

Simonazzi (2023, 94) betont, dass Deutschlands Wachstumsmodell und Wettbewerbsfähigkeit – für die gesamte EU sehr entscheidend – immer auf Globalisierung und Interdependenz setzte. Traditionell war es mit russischen Ressourcen und seit dem 21. Jahrhundert mit chinesischen Märkten verwoben. Politisch und finanziell sind die Verbindungen aber stärker transatlantisch ausgerichtet gewesen. Die USA brauchten ein starkes Deutschland, um Europa zu einen, aber es sollte aus US-Sicht nicht so stark sein, dass es ihnen bei der Außenpolitik, insbesondere im Hinblick auf China, einen Strich durch die Rechnung machen könnte. Simonazzi (ebd.) meint, dass wir sehen werden, „ob Deutschland gewillt sein wird, seine Industrie, Technologie und seinen Handel permanent Washington unterzuordnen.“ Jedenfalls zwingt die neue geopolitische Konstellation mit der Wahl Trumps die EU dazu, das Konzept der „offenen strategischen Autonomie“ mit US-amerikanischer Schlagseite einer Prüfung zu unterziehen.

Fazit

Die aktuelle Situation in der EU ist durch mehrere Widersprüche und Probleme gekennzeichnet. Erstens ist sie seit 2006 eigentlich ständig im Krisenbekämpfungsmodus. Die Phasen der Stabilität werden immer kürzer und viele Maßnahmen wirken lediglich wie Reaktionen auf äußere Einflüsse und weniger wie Teile einer aktiven, kongruenten Gesamtstrategie. Zweitens hat sich auf dem Feld der Digitalisierung die Abhängigkeit von den USA – auch wegen Industrie 4.0 – immer weiter erhöht, obwohl die EU schon 2010 die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes forderte und schon seit längerem ein relevanter Anteil der Forschungsförderungsgelder auf Digitalisierung abzielt.

Drittens ging trotz der Betonung der Wichtigkeit der grünen Wende in der EU während der letzten zwei Dekaden die grüne Technologieführerschaft von europäischen Produzenten auf chinesische Unternehmen über. Das grüne Wachstum entstand somit auch vorrangig dort. Das wirft die Frage auf, ob nicht die in der EU vorherrschende, eher ordoliberal geprägte Wirtschaftspolitik der interventionistischen in China eindeutig unterlegen war und inwiefern der Einsatz vertikaler Industriepolitik China an Europa vorbeiziehen ließ, das lange vorrangig auf technologieoffene, horizontale Förderpolitik zur Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen setzte. Paradox ist außerdem, dass trotz des erfolgten Ausbaus erneuerbarer Energien in Europa wegen des selbst verordneten Merit Order-Prinzips die Energiepreise hoch bleiben, sodass ein globaler Wettbewerbsnachteil entsteht.

Viertens haben der Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer und der russische Angriff auf die Ukraine die geopolitischen Spannungen erhöht, was sich global in verschärfter geoökonomischer Konkurrenz, dem zunehmenden Rückgriff auf Handelsschutzmaßnahmen und Sanktionen sowie – im Falle der EU – in Debatten rund um die Reduzierung von Abhängigkeiten und in Konzepten wie „strategische Autonomie“ und „wirtschaftliche Sicherheit“ äußerte. Auch ein stärkerer Fokus auf Landesverteidigung und die damit verknüpften Industrien sowie Wahlsiege der politischen Rechten in den USA und in mehreren Ländern Europas wurden durch diese Entwicklungen begünstigt. Zugleich benötigen aber die exportorientierten Ökonomien der EU, allen voran Deutschlands, Zugang zum chinesischen Markt, und können sich einen Handelskrieg deshalb weniger leisten als die USA. Insofern hätte die zweite Präsidentschaft Donald Trumps für die EU eine Chance sein können, eine eigenständige globale Strategie zu formulieren, die weniger protektionistisch ausgerichtet ist als jene der USA und auf Kooperation mit Ländern des Global Südens setzt. Dies passiert aktuell jedoch nur sehr selektiv, während mit „ReArm Europe“ (2025) zugleich das größte Aufrüstungspaket der Geschichte der Europäischen Union verkündet wurde – auch um den Problemen im Wachstumsmodell auf anderem Weg zu begegnen. .

Welche Handlungsoptionen gäbe es aus einer progressiven Sicht? Neben dem Versuch, durch Kooperation mit den USA und eine Abwendung von China und Russland eine neue Position im Weltsystem zu finden und diese durch Aufrüstung und handelskriegerische Maßnahmen abzusichern, gäbe es mindestens zwei weitere Wege auf die aktuelle Lage zu reagieren. Erstens könnte eine kooperative Strategie mit China angestrebt werden, wobei versucht werden müsste, die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Weltsystem wiederherzustellen, indem gezieltes Lernen von China bei grünen Technologien angestrebt würde und vertikale Industriepolitik dieses Ziel aktiv unterstützen würde. Zweitens könnte auch eine stärker binnenmarktorientierte

Entwicklungsstrategie für die EU konzipiert werden, die statt des Strebens nach globaler Wettbewerbsfähigkeit und des „Wettrennens nach unten“ eine Collective Self-Reliance – kollektive Selbstgenügsamkeit – ins Zentrum rückt (vgl. Eder 2021; Simonazzi 2023, 95f). Das würde bedeuten, einerseits die starke Exportorientierung zugunsten einer Stärkung regionalen Entwicklung zurückzuschrauben und andererseits auch aktiv gegen ungleiche räumliche und soziale Entwicklung in der EU zu arbeiten (Eder/Schneider 2018, 129-132). Diese Alternativen werden nicht ohne soziale Kämpfe in Betracht gezogen werden, aber eine Beschäftigung mit solchen alternativen Strategien ist ein erster Schritt, um ihrer Verwirklichung näher zu kommen.

Literaturverzeichnis

Bollen, Yelter / De Ville, Ferdi / Orbie, Jan (2016): EU trade policy: persistent liberalisation, contentious protectionism. In: Journal of European Integration 38(3), 279-294.

Brand, Ulrich (2014): Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. In: Kurswechsel 2, 7-18.

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2013): Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen. In: Roland Atzmüller u.a. (Hrsg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 132-148.

Chiu, Dominic (2017): The East Is Green: China's Global Leadership in Renewable Energy. https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/171011_chiu_china_Solar.pdf?i70f0uep_pGOS3iWhvwUlBNigJMcYJvX [6.12.2024]

De Ville, Ferdi / Happersberger, Simon / Kalimo, Harri (2023): The Unilateral Turn in EU Trade Policy? The Origins and Characteristics of the EU's New Trade Instruments. In: European Foreign Affairs Review 28, S. 15-34.

Decker, Samuel (2020): On the Transformative Potential of the 'Green New Deal'. In Journal für Entwicklungspolitik 36(4), 51-73.

Demirović, Alex / Sablowski, Thomas (2013): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: Roland Atzmüller u.a. (Hrsg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 187-238.

DW News (2023): China denounces Europe investigation of EVs. <https://www.dw.com/en/china-denounces-europe-investigation-of-evs/a-66807131> [20.12.2024]

- Eder, Julia (2021): Decreasing Dependency through Self-Reliance: Strengthening Local Economies through Community Wealth Building. ICAE Working Paper Series No. 124. <https://www.econstor.eu/handle/10419/234035> [11.12.2024]
- Eder, Julia / Schneider, Etienne (2018): Progressive industrial policy – A remedy for Europe!? In: Journal für Entwicklungspolitik, 34(3/4), 108–142.
- Europäisches Parlament (2022): EU strategic autonomy 2013-2023. From concept to capacity. EU Strategic Autonomy Monitor, July 2022. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/733589/EPRS_BRI\(2022\)733589_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/733589/EPRS_BRI(2022)733589_EN.pdf) [6.12.2024]
- Heussaff, Conall (2024): Decarbonising for competitiveness: four ways to reduce European energy prices. <https://www.bruegel.org/policy-brief/decarbonising-competitiveness-four-ways-reduce-european-energy-prices> [10.12.2024]
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin u. Amsterdam: Edition ID-Archiv.
- Kreinin, Halliki (2020): Typologies of “Just Transitions” Towards Social-Ecological Transformation. In: Kurswechsel 1, 41-53.
- Landesmann, Michael/Stöllinger, Roman (2018): Structural Change, Trade and Global Production Networks: An ‘Appropriate Industrial Policy’ for Peripheral and Catching-Up Economies. Wiiw Policy Notes and Reports, No. 21.
- MEPS International (2023): Developing nations critical of ‘protectionist’ EU CBAM. <https://mepsinternational.com/gb/en/news/developing-nations-critical-of-protectionist-eu-cbam>. [24.9.2024]
- Savini, Federico (2023): Post-Growth, Degrowth, the Doughnut, and Circular Economy: A Short Guide for Policymakers. In: Journal of City Climate Policy and Economy 2(2), 113-122.
- Schmitz, Luuk/Seidl, Timo (2023): As Open as Possible, as Autonomous as Necessary: Understanding the Rise of Open Strategic Autonomy in EU. In: Journal of Common Market Studies 61(3), 834–852.
- Shih, Lea (2024): Der Mythos der chinesischen Industriepolitik. Erfolge und Nebenwirkungen staatlicher Wirtschaftssteuerung in der Volksrepublik. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/chinesische-industriepolitik/> [6.12.2024]
- Simonazzi, Annamaria (2023): European Union’s Structural Vulnerability in a Changing Geopolitical Environment. In: Revista Crítica de Ciências Sociais 130, 81-200.

Temple-West, Patrick / Masters, Brooke (2024): JPMorgan and State Street quit climate group as BlackRock scales back. Financial Times, 15.02.2024.

<https://www.ft.com/content/3ce06a6f-f0e3-4f70-a078-82a6c265ddc2>

Weber, Katharina (2023): Forest protection(ism)? Perceptions of the European Deforestation Regulation. <https://gem-diamond.eu/blog/forest-protectionism-perceptions-of-the-european-deforestation-regulation> [20.12.2014]

Weissenbacher, Rudy (2019): The core-periphery divide in the European Union: A dependency perspective. Cham: Palgrave MacMillan.

Informationen zu den Autorinnen

Julia Eder ist Referentin in der Abteilung EU & Internationales der Arbeiterkammer Wien und wissenschaftliche Projektmitarbeiterin (Post Doc) am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz. Sie beschäftigt sich mit sozial-ökologischer Transformation und geoökonomischer Konkurrenz auf EU-Ebene und in Österreich. Besonders interessiert sie die Schnittstelle von Handels- und Industriepolitik sowie das Verhältnis von industrieller Entwicklung und Mobilität.

Laura Porak ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Johannes Kepler Universität Linz und macht dort auch ihr Doktorat in Politikwissenschaften. Sie beschäftigt sich in ihrer Forschung mit Industriepolitik und der grünen Transformation in Österreich, Deutschland und der Europäischen Union, aber auch neuen Geo-ökonomischen Spannungen und deren industriepolitischen Implikationen.